

# Ende der Party und Anfang der Diskussion

## Parteiunabhängige Bürgermeister sprechen mit Landesspitze über Kommunalfinanzen und Kinderbetreuung

„Wir haben die letzten 50 Jahre vieles bezahlt mit Schulden und müssen nun endlich kapieren: Die Party ist zu Ende.“

**Wiesbaden.** Ministerpräsident Volker Bouffier erörtere in der Staatskanzlei in Wiesbaden mit 42 parteiunabhängigen hessischen Bürgermeistern (Pub) frei von der Leber weg die Lage. Dabei ging es insbesondere um die Themen Kommunalfinanzen und Kinderbetreuung. „Das ist erst der Anfang der Diskussion“, versprach Finanzminister Thomas Schäfer.

Die erste Modellrechnung ist zwischenzeitlich vorgestellt worden, die Reform rollt an: Für eine faire Finanzausstattung der Kommunen, zu der der Staatsgerichtshof die Landesregierung bis 2016 aufgefordert hat, wird in Wiesbaden eifrig an zehn Millionen Datensätzen gerechnet, erläuterte Minister Schäfer.

### „Verlässliche Partner“

Wie die Zahlen selbst im „Speckgürtel“ Frankfurt Städte deprimieren, rechnet Bürgermeister Klaus Temmen (Kronberg) vor. Wie auch einer kleineren Gemeinde die Kinderbetreuung jeglichen Spielraum raubt, wenn die nahe Stadt niedrigste Betreuungsgebühren anbietet und sich über den sogenannten Kostenausgleich das Geld aus dem Umland holt, erzählte Volker Carle. Der Bürgermeister aus Cölbe sah die Kom-



42 Rathauschefs aus Hessen waren nach Wiesbaden in die Staatskanzlei gekommen, um mit der Landesspitze die Lage im Land zu erörtern. Auf dem Podium v. l.: Innenminister Peter Beuth, Wetzlarer Wirtschaftsdezernent Harald Semler als Sprecher der Parteiunabhängigen Bürgermeister, Ministerpräsident Volker Bouffier und Finanzminister Thomas Schäfer. Foto links: Bürgermeister Uwe Steuber (Lichtentfels) im Gespräch mit seinem Amtskollegen Volker Carle (Cölbe).

munen als „verlässliche Partner des Landes“, wie er eingangs unterstrich: „Wir sind vor Ort und nicht nur zum Grußwortsprechen.“ Carle wünschte sich mehr Unterstützung und klare Vorgaben vom Land bei der derzeitigen Defizit-Betrachtung.

Die Kreise hingegen würden nach den bislang bekannten Anforderungen an kommunalen Finanzausgleich (KFA) bevorzugen, rechnete Bürgermeister Temmen vor. Die Anhebungen der landesweiten Nivellierungssätze spülten den Kreisen mehr als 260 Millionen in die Kassen, ohne dass sie dafür etwas tun

müssten. Und vor allem würde diese Anhebung den Städten und Gemeinden Einnahmen unterstellen, die sie gar nicht hätten, so Temmen. Die Steuerkraftabschöpfung, so sein Verdacht, werde dazu genutzt, dass das Land weniger an die Kommunen zahlt, befürchtete der Kronberger Rathauschef und forderte nicht nur das Ende der seit 2009 erhobenen Kompensationsumlage, sondern die Rücküberweisung des Geldes an die Kommunen.

Die Reform des KFA stehe erst am Anfang, beruhigte Thomas Schäfer. „Es muss immer so sein, dass von Mehrnahmen etwas bleibt“, betonte der Finanzminister. Es brauche ein Anreizsystem zwischen Zuckerbrod und Petsche“.

### Mit gläsernen Taschen

Wie schwer es sei, zwischen den verschiedenen Interessen auszugleichen, warf der Ministerpräsident ein. „Ich kenne keine Gruppe, die sich einig wäre – außer den Parteiunabhängigen“, scherzte Volker Bouffier. Der Ministerpräsident unterstrich die Rolle der Kommunen: „Sie sind am dichtesten dran. Wir glau-

ben, dass sich viele Dinge vor Ort am besten regeln lassen. Und zur Gestaltungsfreiheit gehört auch das Geld“, fasste der Regierungschef zusammen. Wenn jetzt das Land für die Finanzausstattung der 426 Städte und Gemeinden den Bedarf ermitteln müsste dies in einem nachvollziehbaren System geschehen. „Mit gläsernen Taschen, nicht mit offenen“, so Bouffier. Das landauf, landab finanziell größte Problem sei die Kinderbetreuung, wusste auch der Ministerpräsident. Das Land habe in den letzten zehn Jahren sei-

**STICHWORT**  
**Bürgermeister ohne Partei (Pub)**

Aus den 426 Städten und Gemeinden in Hessen haben sich rund 150 Bürgermeister, Beigeordnete und Dezernenten zusammengesprochen in der Arbeitsgruppe der „Parteiunabhängigen Bürgermeister des Landes Hessen“ (Pub). Gewählter Sprecher ist Harald Semler, Wirtschaftsdezernent in Wetzlar. Mehr Informationen unter [www.parteiunab-buergemeister.de](http://www.parteiunab-buergemeister.de) im Internet.

nen Anteil an der Finanzierung von 60 Millionen Euro auf 450 Millionen hochgehoben. „Wir sind stolz darauf, aber es reicht hinten und vorne nicht“, sagte Bouffier.

### Mehr Gerechtigkeit

Die von den Parteiunabhängigen geforderte Übernahme der Kinderbetreuungskosten durch das Land konnte Bouffier ebenso wenig zusagen wie den Wunsch, dass das Land auch in Hessen zunächst Ausgaben für Kindergärten & Co. leistet und dadurch seinen Anteil am Landfinanzausgleich reduziert. „Wir setzen uns dafür ein, dass es beim Länderfinanzausgleich für Hessen gerechter wird“, versprach Bouffier.